
Irmgard Enderle

DIE NEUERSCHLIESSUNG VON FRAUENBERUFEN

Die Arbeitsmarktstatistiken zeigen in vielen Gebieten ein stärkeres Ansteigen der Zahl der erwerbslosen Frauen als der Männer. Neben Entlassungen macht sich die Tatsache bemerkbar, dass seit der Geldreform und angesichts der bestehenden Preis-Lohn-Schere viele Frauen heute auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen sind, die vorher mit ihrer Rente auszukommen sucht oder trotz geringen Einkommens des Mannes eine Erwerbsarbeit noch neben der belastenden Haushaltstätigkeit scheuten. Hinzu kommen jede Ostern die vielen schulentlassenen Mädchen, für die Arbeit oder eine Lehrstelle zu beschaffen ein äußerst schwieriges Problem ist.

Im Frühjahr 1950 werden besonders viele Mädchen die Schule verlassen, weil sie den geburtenreichen Jahrgängen 1935 bis 1936 angehören. Die Einführung des neunten Volksschuljahres in einigen Ländern der Bundesrepublik, die 1949 den Andrang nach Lehrstellen und Arbeitsplätzen mildern half, kann zur Lösung dieses Problems selbst nichts beitragen. Es handelt sich um ein Arbeitsmarktproblem, das durch Betriebsstockungen und Betriebs-einschränkungen eine wesentliche Verschärfung erfahren hat. Die Arbeitsämter, aber auch sonstige Stellen, die mit Arbeitsmarktangelegenheiten zu tun haben, insbesondere auch die Parlamente und die Gewerkschaften, stehen vor Aufgaben, die in vollem

Umfang erkannt und entsprechend energisch angefasst werden müssen. Ohne eine großzügige Neuerschließung von Frauenberufen können sie nicht gelöst werden.

Von dieser Neuerschließung wird seit Jahren viel geredet. Erreicht worden ist bisher aber verhältnismäßig sehr wenig. Da Arbeitsmarktfragen von der gesamten Linie der Wirtschaftspolitik abhängig sind, ist hierfür vor allem die auf private Profitsicherung basierte "Marktwirtschaft" verantwortlich zu machen. Auch vom Problem des Frauenüberschusses und von den sonstigen Problemen der Frauenerwerbsarbeit her findet die Forderung der Gewerkschaften nach einer Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung und Existenzsicherheit für alle ihre Bestätigung.

Traditionsgebundenes Denken und Bequemlichkeit spielen ebenfalls eine große Rolle. Insbesondere mit Handwerkerinnungen und einzelnen Handwerkern sind seit 1945/46 unendlich viele Besprechungen über die Notwendigkeit der Bereitstellung von Lehrstellen für Mädchen geführt worden. Aber das alte Argument "Die denken ja doch nur ans Heiraten" bewahrt trotz aller Hinweise auf den Frauenüberschuss eine große Zähigkeit. Es ist nicht zu bestreiten, dass viele Frauen und Mädchen diesem Argument Nahrung geben. Darunter müssen auch die Frauen und Mädchen leiden, die anders denken und sich nach einer gründlichen Berufsausbildung sehnen.

Neben dem gewerkschaftlichen Kampf für eine Politik der Vollbeschäftigung und planmäßigen Bedarfsausrichtung für die breiten Bevölkerungsschichten, neben der Errichtung von Lehrwerkstätten und der Erschließung von Umschulungsmöglichkeiten für Frauen ist daher das erzieherische Einwirken auf das Selbstständigkeits- und Selbstverantwortungsempfinden der Mädchen schon in der Schule und Berufsschule eine dringende Aufgabe.

Daneben ist die Einwirkung auf die Eltern der Jugendlichen von größter Bedeutung, u. a. durch eine zweckentsprechende Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus.

Diese Aufgabenstellungen werden allerdings erst auf längere Sicht Erfolge zeitigen. Auch die Umstellung der Wirtschaftspolitik, die die Gewerkschaften fordern, wird nicht von heute auf morgen erreicht. Der wachsenden Frauenerwerbslosigkeit muss aber auf jeden Fall entgegengewirkt werden. Die schulentlassenen Mädchen dürfen nicht der Straße preisgegeben werden. Was ist zu tun und was ist schon getan worden?

Die Begriffe „Männerarbeit“ und „Frauenarbeit“

1946 wurden - damals noch von den Militärregierungen - Verzeichnisse der auch für Frauen geeigneten Arbeiten herausgegeben, die früher als typische Männerarbeiten galten. Da wurden aufgeführt: Putzen und Stapeln von Mauersteinen, Mörtel- und Betonmischen, leichte Schaufelarbeiten, Handlangerarbeiten mit Tragvorrichtungen, so weit die aufwärts zu bewegende Last nicht zehn Kilo überschreitet, Maler- und Tapeziererarbeiten (aber keine Außenarbeiten über das 1. Stockwerk hinaus), Glaserarbeiten, elektrische Installation u. a. m. Man sieht, es handelte sich hauptsächlich um Arbeiten, die damals besonders dringlich waren und die, bei der noch geringen Wiederherstellung von Textil- und anderen Fabriken und bei den Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung für weiterverarbeitende Betriebe, allein in größerem Umfang in Frage kamen. Heute steht man ziemlich allgemein wieder auf dem Standpunkt, dass ein Teil dieser Arbeiten für Frauen gesundheitsschädlich und deshalb ungeeignet ist. Man stellt für die Neuerschließung von Frauenberufen Ausbildungen z. B. als Optikerin, Chemielaborantin, Herrenschneiderin, Verkäuferin, Buchbinderin, Zeichnerin,

Stoffprüferin, Drogistin, Goldschmiedin, Gärtnerin in den Vordergrund. Aus Nordrhein-Westfalen, das unter den westdeutschen Ländern in Bezug auf die Neuerschließung von Frauenberufen wohl an der Spitze steht, sind u. a. folgende Zahlen bekannt: in der optischen Industrie wurden im Jahre 1948/49 105 weibliche Lehrlinge untergebracht (gegenüber 14 im Jahre 1947/48), in Buchbindereien 33 (Vorjahr 23), in Herrenschnneiderwerkstätten 652 (Vorjahr 454), als Chemielaborantinnen 105 (Vorjahr 10).

Man kommt bei solchen Programmen auch wieder mehr auf die so genannten typischen Frauenberufe zurück, will aber gerade hier die Frau auch für gehobene und leitende Stellungen ausbilden. Dabei spielt auch die Einsicht mit, dass Frauen in leitenden Stellungen in besonderem Maße das Wohl der Frauen und Mädchen berücksichtigen und sich für die Neuerschließung von Tätigkeiten für sie einsetzen würden. Ferner bemüht man sich, körperlich schwere Arbeiten durch weitere Arbeitszerlegung oder Anpassung von Werkbänken und Werkzeugen an die Konstitution der Frau umzugestalten und ihr dadurch größeren Spielraum bei der Auswahl der Arbeitsplätze zu geben. Einige Betriebe, z. B. für die Herstellung von Radiogeräten, sind aber von der Zerlegung der Arbeiten wieder abgekommen, weil ungelernete und weniger interessierte Frauen sich auf längere Sicht für das Unternehmen selbst weniger vorteilhaft erwiesen als qualifizierte Frauen, die am ganzen Stück arbeiten und entsprechend besser bezahlt werden.

Vorurteile sind, um einige Beispiele zu nennen, noch besonders häufig festzustellen gegenüber der Ausbildung und Einstellung weiblicher Polizisten, nicht nur in der Sittenpolizei, sondern auch in der Verwaltungs- und in der Kriminalpolizei. Bei uns gibt es ferner relativ wenige Architektinnen, während in verschiedenen anderen Ländern eine größere Anzahl von Frauen in diesem die Wohnverhältnisse der Menschen gestaltenden Beruf große Befriedigung finden und Beachtliches geleistet haben. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang auch die geringe Anzahl von Frauen in leitenden Stellen der Verwaltung und in der Politik (als Beruf). Das liegt nicht nur daran, dass zu wenig Frauen befähigt wären, sie werden bei der Ausbildung und Schulung nicht genügend berücksichtigt. Einem durchschnittlich begabten Mann wird im allgemeinen viel eher eine Chance gegeben als einer durchschnittlich begabten Frau.

Als ein Beispiel für gute Arbeit in fortschrittlichem Sinne sei eine Berufsschule für Mädchen in Köln genannt, die eine gründliche Ausbildung für leitende Tätigkeit in allen Sparten der Bekleidungsindustrie vermittelt, d. h. nicht nur als Leiterinnen für die untere Werkstatt, sondern auch in der Zuschneiderei, Modellabteilung usw. bis hinauf zur Spitze des Betriebes. Dies ist ein Anfang, der allseitiger Unterstützung und weiteren Ausbaues bedarf.

Bei der Ausbildung für die so genannten gehobenen Berufe spielt die Länge der Ausbildungszeit und die Kostenfrage eine entscheidende Rolle. Wenn die Begabung und nicht der Geldbeutel von Vater oder Mutter für die Berufswahl ausschlaggebend sein sollen, müssen, solange die Ausbildung nicht kostenlos ist, vonseiten der Ausbildungsinstitute, Behörden, Betriebsleitungen usw. für bei ihnen beschäftigte, befähigte Arbeitskräfte viel großzügiger als bisher Freistellen und Stipendien gewährt werden.

Die angeführten Beispiele zeigen, dass die Begriffe „Männerarbeit“ und „Frauenarbeit“ der Wandlung unterliegen. Zwar ist bestehen geblieben, dass körperlich besonders schwere Arbeiten für die Frau nicht geeignet sind, und dass andererseits Frauen sich für besonders feine Fingerarbeiten besser eignen als Männer. Aber darüber hinaus hat sich vieles geändert und man tut gut, in der Anwendung dieser Begriffe vorsichtiger zu werden.

Bei der Behandlung neuer Tätigkeitsfelder für Frauen muss auch das aus der Kriegszeit stammende Eindringen von weiblichen Kräften in die Schwerindustrie an der Ruhr erwähnt werden, weil es auch nach dem Krieg bestehen geblieben ist.

Unmittelbar nach dem Krieg schied der überwiegende Teil der arbeitsverpflichteten Frauen aus den Eisenhüttenwerken und sonstigen schwerindustriellen Betrieben an der Ruhr aus. Zum Teil war wegen der Betriebszerstörungen gar keine Möglichkeit zum Weiterarbeiten gegeben, teils waren die Frauen nach den Kriegsanstrengungen froh, der Verpflichtung enthoben zu sein. Als die Werke dann wieder in Gang kamen, als der vermisste Mann so mancher Frau nicht mehr zurückkehrte, meldeten sich schon vor der Währungsreform viele Frauen erneut und wurden wieder eingestellt bzw. auch neu angelernt. In einem der großen Hüttenwerke befinden sich heute unter einer Belegschaft von 1000 und Waschräume Personen rund 600 Frauen, die keineswegs nur die Küchen in bedienen oder Schreibhilfen oder sonstige Büroangestellte sind. Die Frauen den großen Ruhrwerken sind auch als Kranführerinnen, Schweißerinnen, Bohrerinnen, Maschinistinnen, Fräserinnen, Probeträgerinnen (z. B. in der Ruhrchemie AG), Steinestaplerinnen, Wiegerinnen (im Zementwerk) tätig. In den Verkehrsabteilungen der großen Werke arbeiten sie als Zugabfertigerinnen, Weichenstellerinnen oder Wagenreinigerinnen u. a. m. Frauen, die die gleichen Arbeiten verrichten wie Männer, erhalten den gleichen Lohn.

Es handelt sich zum großen Teil um entflochtene Werke, in denen von den Arbeitsdirektoren, Betriebsräten und Werksfürsorgerinnen eine vorbildliche soziale und betriebshygienische Tätigkeit entfaltet wird, woran auch Gewerbeaufsicht, Arbeitsamt und Gewerkschaften ihren Anteil haben. Bei der Auswahl der Arbeitsplätze für die Frauen wird behutsam und individuell vorgegangen und damit bewiesen, dass so etwas auch in einem sehr großen Werk der Schwerindustrie möglich ist. Wo schwere Handlungen notwendig sind, werden sie von Männern ausgeführt. Frauen in Arbeitsämtern und in Betrieben haben erklärt, dass sie sämtliche dort von Frauen ausgeführten Arbeiten keineswegs nur als ein aus der Zwangslage geborenes Übel ansehen, und dass im letzten Jahr nur deshalb keine Neueinstellungen von Frauen erfolgt seien, weil Betriebsstockungen zu verzeichnen waren.

Andererseits ist aber nicht zu übersehen, dass in Städten wie Essen, Oberhausen, Bottrop u. a. doch eine Zwangslage besteht, weil gar keine anderen Beschäftigungsmöglichkeiten für die auf eigene Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen vorhanden sind, es sei denn in landwirtschaftlichen Betrieben in der weiteren Umgebung dieser Städte oder auch in Haushaltungen. Gelsenkirchen, das es verstand, eine Bekleidungsindustrie neu heranzuziehen und damit auch einheimischen Frauen andere Betätigungsfelder erschloss, wird deswegen gerühmt und beneidet. Allerdings häufen sich in letzter Zeit auch Klagen darüber neu angesiedelte Unternehmer die Angst der Frauen vor Entlassungen missbrauchen, um Lohndruck auszuüben, unbezahlte Überstunden zu verlangen, usw. Das liegt jedoch auf einer anderen Ebene, zeigt aber auch, wie notwendig eine Einschaltung der Gewerkschaft in allen Fragen der Neubeschaffung von Arbeitsplätzen ist.

Eine generelle Ablehnung der Beschäftigung von Frauen auch in Betrieben der Schwerindustrie oder gar Befürwortung ihrer Entlassung ist nicht am Platz, wenn es keine sonstige Auswahl gibt. Wohl aber muss daran festgehalten werden, dass eine für die Frauenkonstitution schädliche Arbeit verboten bleibt und über-

all eine sehr genaue Kontrolle durchgeführt wird. Die Nervenanspannung, die ein schwerindustrieller Betrieb mit seinem Getöse meist mit sich bringt, darf nicht unterschätzt werden.

Müssen Männer und Frauen Konkurrenten sein?

Wenn man den vielen auf Erwerb angewiesenen Frauen Arbeit beschaffen will, ist es unumgänglich, dass eine ziemlich weitgehende Umgruppierung von Männern und Frauen vorgenommen wird. Arbeit Suchende Männer müssen nach Möglichkeit an Plätze gebracht werden, für die die Frauen körperlich weniger geeignet sind und auch die Vermittlung der Lehrstellen muss schon entsprechend gelenkt werden. Obwohl es heute doppelte Schwierigkeiten gibt, weil auch die vielen Kriegsversehrten bevorzugt und größtenteils bei körperlich leichteren Arbeiten untergebracht werden müssen, kann weitaus mehr als bisher getan werden. Guter Wille freilich gehört dazu. In Bezug auf die Erschließung solcher Möglichkeiten können auch Betriebsräte und Betriebsrätinnen außerordentlich nützliche Arbeit leisten. Letzten Endes gilt aber auch hier, dass eine krisenfeste, gelenkte Wirtschaft und, wenn ein Überangebot an Arbeitskräften entstehen sollte, eine allgemein kürzere Arbeitszeit (bei ausreichendem Lohn!) den Weg für die Neuerschließung von Frauenberufen am besten zu ebnen vermag.

Eng damit zusammen hängt das Lohnproblem. Wenn die Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Leistung“ durchgesetzt ist, braucht man nicht mehr zu fürchten, dass weibliche gegen männliche Arbeitskräfte ausgespielt werden. Die Männer werden dann der Frage der Neuerschließung von Frauenberufen wesentlich aufgeschlossener gegenüberstehen.

Oben wurde das Beispiel der Stadt Gelsenkirchen mit ihrer Heranziehung einer dort neuen Bekleidungsindustrie erwähnt. Auch andere Städte haben solche Maßnahmen ergriffen und damit sowohl Flüchtlingen aus dem Osten oder Südosten zu einer Existenz verholfen als auch erweiterte Arbeitsmöglichkeiten für Einheimische, gerade auch Frauen, erschlossen. Hier verdient Wilhelmshaven hervorgehoben zu werden, das früher kaum erwerbstätige Frauen kannte und heute Arbeiterinnen in der Bekleidungsindustrie, in der Schreibmaschinenindustrie u. a. aufweist. Allerdings haben diese neuen Industrien den Verlust, den die frühere Marine- und Werftstadt erlitt, bisher nicht wettmachen können. Erwähnt zu werden verdient auch, dass das Land Schleswig-Holstein vor 1939 kaum mehr als 1000 Beschäftigte in der Textil- und Bekleidungsindustrie aufzuweisen hatte, heute aber über 10.000 (Frauen und Männer). Hier kann produktive Flüchtlingshilfe mit Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten auch noch zusätzlich für einheimische Frauen und Mädchen verbunden werden. Der heute als größtes Hemmnis immer wieder angeführte Kapitalmangel könnte weitgehend behoben werden.

Ein weiterer starker Berührungspunkt zwischen Arbeitsmarkt und Kommunalpolitik ergibt sich aus der Notwendigkeit, kommunale Lehrwerkstätten sowie Flüchtlings- und Lehrlingsheime zu errichten und freundlich auszustatten. Es sind zugleich Gebiete, die als Maßnahmen praktischer Hilfe und menschlicher Betreuung vielen Frauen besonders nahe liegen, und auf denen sie sich betätigen und bewähren könnten. Gerade an solche Funktionen wurde gedacht, als darauf hingewiesen wurde, dass Frauen unbestimmten leitenden Stellungen voraussichtlich mehr Wege der Erschließung von Betätigungsgebieten und Erwerbsmöglichkeiten für Frauen ausfindig machen würden als viele Männer. Gemeinden können ferner mithelfen, dass in den Mädchen-Berufsschulen Frauen und Mädchen für gehobene Tätigkeiten in Handwerk, Industrie und Handel ausgebildet, dass geeignete Frauen zum Studium an den Verwaltungsakademien

zugelassen werden. Auch die Umschulungsmaßnahmen verschiedenster Art können von tatkräftigen Gemeindeverwaltungen vorangetrieben und unterstützt werden.

Wir müssen aus dem Zustand herauskommen, dass viele Arbeitsämter für schulentlassene Mädchen oder auch für ältere, arbeitslos gewordene Frauen im Grunde keinen anderen Ausweg wissen als die Vermittlung in einen Privathaushalt.

Hier soll keineswegs ein abfälliges Urteil über den Hausangestelltenberuf gefällt werden. Aber wir müssen von der Auffassung abkommen, dass jede Frau für Haushaltsarbeiten besonders geeignet wäre - ganz abgesehen davon, dass die gesamten Arbeitsbedingungen der Hausangestellten erst einmal auf eine gesündere Basis zu stellen wären. Ein Hausangestelltengesetz, das wirklich reformierend wirkt, ist eine Voraussetzung, um mit gutem Gewissen diesen Beruf empfehlen zu können. Bestrebungen, aus dem Hausangestellten-Beruf weitgehend einen gehobenen Beruf mit längerer Lehrzeit zu machen, können unterstützt werden, so weit nicht ein Privathaushalt als einzige oder wesentliche Ausbildungsstätte zu Grunde gelegt wird.

Neben der gründlichen Sachkenntnis, die den Frauen in Berufsschulen, Lehrwerkstätten und Umschulungskursen, auf Akademien usw. zugänglich gemacht werden muss, ist eine Vertiefung der Allgemeinbildung der Mädchen und Frauen notwendig. Außer den Schulen kommen für die nicht mehr schulpflichtigen Jahrgänge die Volkshochschulen, aber auch die Gewerkschaftsschulen oder die Gewerkschaften in Verbindung mit Volkshochschulen in Frage. Es ist das größte Gewicht darauf zu legen, dass schon von Kindheit an in allen Zweigen der Ausbildung die Beziehung zum praktischen Leben, gerade auch zum Arbeitsprozess, und die Würdigung jeder gesellschaftlich nützlichen Arbeit, gerade auch der körperlich harten Arbeit, hergestellt wird. Wird diese Erziehung dann noch unterbaut durch eine entsprechende Lohnpolitik, Freizeit- und Urlaubsregelung, so kann die Kluft zwischen Geistes- und Handarbeitern, die unser heutiges gesellschaftliches Leben noch immer charakterisiert, überwunden und der Weg für eine ausgeglichene Verteilung der Arbeiten unter Männern und Frauen geebnet werden.

Man müsste auch darauf verzichten, bestimmte Lehrfächer einseitig als Interessengebiet der Knaben, andere als Interessengebiet der Mädchen anzusehen und aufzubauen. In verschiedenen Ländern liegen interessante Erfahrungen darüber vor, wie viel in dieser Beziehung mehr der Tradition als der natürlichen Veranlagung zuzuschreiben ist. Auch sollen die Mädchen, die von höheren Schulen kommen, erst praktisch im Betrieb tätig gewesen sein, ehe sie eine Ausbildungsklasse oder Schule für gehobene und leitende Stellungen in der Industrie besuchen. Sie würden von vornherein eine größere Aufgesdillossenheit und ein anderes Blickfeld für soziale und technische Fragen mitbringen.

Es lag mir daran, die Notwendigkeit und die Möglichkeiten für eine bewusst geförderte Frauenerwerbstätigkeit, insbesondere in Berufen, die der Frau bis heute unzureichend zugänglich gemacht wurden, darzulegen. Gleichzeitig sollte die enge Verbundenheit der Arbeitsmarkt- mit der sonstigen Wirtschaftspolitik, aber auch mit der Kommunal- und Schulpolitik aufgezeigt werden. Denn daraus ergibt sich die Notwendigkeit, dass auch in der Frauenausbildung und -erziehung mehr Gewicht auf das Bewusstwerden dieser Zusammenhänge gelegt wird. Die Arbeitsbeschaffung für Frauen und Mädchen ist nicht nur eine Frage der jeweiligen Arbeitsmarktlage, sondern eine umfassende gesellschaftliche und politische Aufgabe.